

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa.
Grunnstr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1539
Postfach Riesa Nr. 22.

Nr. 70.

Dienstag, 24. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Formate des Anzeigertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3. von unten, 4. von oben Grundstiftungs-Zelle 10 Silben, 20 Gold-Pfennige; die 8. von unten, 9. von oben Grundstiftungs-Zelle 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, bewilligter Nachsatz zulässig, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Argahler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — schießet der Verleger über den Druckereibesitzer der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalt — hat der Verleger einen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Götzelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Wölkemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Dr. Jarres Rede in München.

München. Am Montag abend sprach Dr. Jarres vor einem kleinen Kreise führender Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft und drückte seine besondere Freude darüber aus, gerade in München sprechen zu dürfen, denn er wisse, daß der Gedanke, den er hier vertreten habe, der Gedanke der nationalen Zusammenfassung in Bayern und München eine besonders gute Resonanz finde.

Ein Gedanke ist in diesem Wahlkampfe besonders bedeutungsvoll und muß stark hervorgehoben werden. Der Mann, der die Reichspräsidentenwahl führen soll, muß über den Parteien stehen, er darf nicht abhängig sein von irgend einer Parteirichtung und auch nicht von irgend einer wirtschaftlich einseitig orientierten Interessengruppe. Tendenzlos oder nichttendenzlos — es wurde gegen mich manches geltend gemacht. Unter anderem ist auch behauptet worden, ich sei abhängig von der Großindustrie oder der selbst Großindustrieller. Ich würde gern Großindustrieller sein, und dieses Post ist vielleicht besser als das eines Beamten. Leider bin ich es nicht und noch weniger bin ich abhängig von der Großindustrie. Freilich habe ich als Leiter einer starkindustriellen Kommunalverwaltung auch versucht, mir über deren Wünsche ein Urteil zu bilden, wie ich das bei jeder anderen Volksschicht tat. Aber dieses mein Urteil habe ich stets von Beeinflussung unabhängig zu halten versucht. Die Aufgaben eines Oberbürgermeisters sowohl als auch eines Reichspräsidenten können nur gelöst werden, wenn man sich über die Parteien stellt. Man sagt mir nach, daß mir dieses in der Verwaltung gelungen sei und diese nicht gerade übliche Nachrede hat mich unter anderem auch ermutigt, die Kandidatur anzunehmen. Ich bin der Auffassung, daß, um das Amt des Präsidenten auszuüben, nötig ist: Unparteilichkeit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit, dabei Entschlossenheit und tatvolle Wirksamkeit.

Unser Programm lautet:

Organische Entfaltung und Zusammenarbeit auf nationaler, christlicher und sozialer Grundlage. Wir stellen das Nationalbewußtsein in den Vordergrund. Wir wollen national sein, aber nicht nationalitätlich. Wir fordern eine harte und würdevolle Vertretung der Interessen des deutschen Volkes. Das deutsche Volk braucht nicht den Vergleich mit anderen Völkern zu scheuen.

Zu den Verfassungsfragen übergehend, betonte Dr. Jarres, daß die großen Entscheidungen über Republik und Monarchie auf dem Wege friedlicher Evolutionen und nicht auf dem Wege illegaler Gewalt gelöst werden müssen.

Zu der Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern erklärte der Redner, daß die Weimarer Verfassung den unantastbaren Charakter nicht übergründet habe, so daß es gelte, zu der gesunden föderalistischen Politik Bismarcks zurückzuführen, der immer den größten Wert darauf gelegt habe, das Eigenleben aller Bundesstaaten nicht zu hindern, sondern zu pflegen. Die Verfassung bedarf, so betonte Dr. Jarres, in diesem Punkte dringend der Reform.

Dann trat der Redner einigen weiteren persönlichen Vorbemerkungen entgegen, die im Wahlkampfe gegen ihn erhoben worden sind, unter anderem gegen den der Einseitigkeit in konfessioneller Hinsicht. Auch der Gedanke eines Kulturkampfes sei das schwerste Verbrechen am deutschen Volke.

Zum Schluß streifte Dr. Jarres noch die Frage der Sozialpolitik. Eine gesunde Sozialpolitik könne nur gefördert werden in einer gesunden Wirtschaft. In die Presse richtete er den Appell, diesen Wahlkampf in vornehmer Weise zu führen.

Die Ausführungen von Dr. Jarres fanden stürmischen Beifall.

Die „Verfassungspolitik“.

Wir haben aus außen- und innenpolitischen Gründen keine Freude an dem Streit darüber, was eigentlich „Verfassungspolitik“ war und was dafür im Herbst 1923 eingetreten ist. Nachdem aber die Linke und das Zentrum den Wahlkampf gegen den Präsidentschaftskandidaten Dr. Jarres allein mit diesem Vorwurf zu führen begonnen haben, blieb auf der Gegenseite nichts anderes übrig als auf die Erörterung jener verschollenen Vorgänge einzugehen. Man vergißt ja in einer so ereignisreichen, so schweren Zeit unglaublich schnell die Zustände und die Stimmungen, in denen man noch vor kurzem gelebt hat. Wer kann sich noch gefühlsmäßig vollkommen in die Lage zurückversetzen, in der sich Deutschland beim Niederbrechen des passiven Widerstandes an der Ruhr und beim Zerfall der Markwährung befand? Wer von uns allen hat damals geglaubt, daß es in verhältnismäßig so kurzer Zeit gelingen würde, das Reich wieder finanziell auf feste Füße zu stellen und die Mark neu zu stabilisieren? Pläne aller Art wurden damals hundertfach geschmettert, und es waren sehr verzweifelte darunter. Was man unter „Verfassungspolitik“ verstand, war der Gedanke, das Rhein- und Ruhrgebiet vorläufig zu einem selbständigen Staatsgebilde werden zu lassen und die Verantwortung für die finanzielle Rettung dieses Gebietes den Besetzungsmächten zuzuschleudern. Hierfür sind, wie Dr. Jarres in seiner Hamburger Rede angedeutet hat, Männer verschiedener Parteien eingetreten, darunter der zum Zentrum gehörige Präsident des preussischen Staatsrates Dr. Adenauer und der rheinische Demokratenführer, jetziger Landtagsabgeordneter Gall. Ihnen soll hinterher kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie keinen anderen Ausweg sahen. Das Dr. Jarres wollte, war ganz etwas anderes: unter Berufung auf die Curzon-Note vom August 1923 den Verfall der Mark durch den Ruhrstreik für gerichtlich zu erklären, bis das Reich wieder hergestellt sei.



Zum 16. Todestage Otto v. Weddigen, des Helden von 11. 9. 10 Jahre sind verfloßen, seit Otto v. Weddigen, der Held von 11. 9. einem tragischen Geschick zum Opfer fiel. Von Weddigen hatte im ersten Kriegsjahre mit seinem Unterzeuboot beispiellose Erfolge erzielt und der englischen Marine einen Mannschiffsverlust von über 300 Mann beigebracht, indem er drei englische Panzerkreuzer „Blücher“, „Boane“ und „Grafen“ und den großen Kreuzer „Danke“ torpedierte. Im März 1915 fiel er mit dem von ihm übernommenen U. 9. im Unterwassertor dem Hauptmast eines der englischen Dreadnoughts zum Opfer.

Anruf zur Reichspräsidentenwahl!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Arbeiterschaft steht vor einer besonderen Aufgabe. Zum ersten Male soll das deutsche Volk sein Staatsoberhaupt selbst wählen; die Masse der Arbeiterschaft gibt die Entscheidung.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Sollen wir die alte Klassenkampfarole weiter verfolgen, sollen wir weiter unsere Hoffnung auf die Internationalen setzen, die immer verlogener hat, wenn es galt, der deutschen Arbeiterschaft zu helfen? Sollen wir uns weiter führen lassen von Vätern, die im Sozialkampf erstickten? Sollen wir einen Mann wählen, dem im preussischen Landtage der Vorwurf des Landesverrats entgegengeschleudert wurde? Nein und abermals nein! Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Wir wählen am 24. März den Kandidaten des Reichstages, Dr. Jarres, der in seiner großen Programmarede in der Philharmonie erklärte:

„Wir treten ein für die Fortentwicklung und Erneuerung des Staates auf nationaler, christlicher und sozialer Grundlage.“

Darum bekämpfen wir den undeutschen Geist der Novemberrevolution. Der Gedanke der sozialistischen Internationalen hat sich ebenso als Utopie erwiesen wie die Forderung des Klassenkampfes als Weg zur Besserung der sozialen Lage des deutschen Arbeiters.

Nur ein national empfindendes Volk, dessen Bürger und Arbeiter sich nicht als Angehörige sich befeindender Klassen und Kasten, sondern als Glieder einer großen Familie fühlen, bietet in sich die Gewähr einer neuen Zukunft und eines nationalen Widerstandes.

In diesem Sinne gedankt Dr. Jarres sein Amt als Reichspräsident zu führen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wir fordern euch auf, Mann für Mann am 24. März eure Stimme für den Kandidaten des Reichstages zu geben. Arbeitet in den letzten Tagen mit Einsatz aller Kraft für die Kandidatur Dr. Jarres und sorgt dafür, daß der Tag der Wahl ein neuer Sieg für die Farbe

Schwarz-weiß-rot

wird! Der Vorstand des Deutschen Arbeiterbundes.

Keine Kandidatur Hindenburg.

* Hannover. Der „U.“ wird von General von Hindenburg folgende Erklärung übermittelt: Aus mir unbekanntem Grunde, vielleicht in der Absicht, dadurch eine Zersplitterung der Stimmen herbeizuführen, ist in den letzten Tagen das falsche Gerücht verbreitet worden, daß ich für mich den Präsidentsposten erstrebe. Ich erkläre demgegenüber, daß ich nach wie vor unentwegt an der Kandidatur Jarres festhalte.

Minister Stresemann und die Deutschnationalen.

Berlin, 24. März. Die wir aus parlamentarischen Kreisen erlösbaren, haben Selbstverwehungen zwischen dem Außenminister Dr. Stresemann und den Deutschnationalen Führern über die auswärtige Politik der Reichsregierung stattgefunden. Obwohl diese Erörterungen noch nicht zum Abschluß gelangt sind, wird schon jetzt festgestellt, daß die Deutschnationale Partei auf die bevorstehenden Entscheidungen der Reichsregierung einen maßgebenden Ein-

fließenden Einfluß ausüben wird. Minister Stresemann hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Deutschnationale Partei als mitverantwortliche Trägerin der Regierungspolitik im Reich ihre Auffassung zu den Problemen des Sicherheitspaktes und des Völkerbundes in der Reichsregierung selbst geltend machen könne.

Jarreskundgebungen in Duisburg und Umgebung.

Duisburg. In Duisburg, Oberhausen, Hamborn und Sterkrade fanden am Sonntag Nacht beachtliche Kundgebungen des Reichstages für die Präsidentschaftskandidatur Dr. Jarres statt. Der Kreisvorsitzende der Deutschen Volkspartei Direktor Kubbice erklärte, daß man in Duisburg am besten wisse, welche hohen Eigenschaften Dr. Jarres besitze. Einen der besten Söhne Deutschlands habe man auf den Schild erhoben. Als Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei sprach Amtspräsident Weitzner und als Vertreter der Christlich-nationalen Arbeiterpartei Sekretär Dunden.

Ein neuer deutscher Sicherheitsvorbehalt?

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die in den Berliner diplomatischen Kreisen verläutelt, daß die Reichsregierung sehr wahrscheinlich im Verlaufe der bisherigen diplomatischen Unterhandlungen über die Sicherheitsfrage eine neue Aktion unternehmen wird. Die Anregungen, die von Seiten der Reichsregierung an die alliierten Regierungen gerichtet worden sind, werden sich verständlich provisorischer Natur und können ebenfalls für weitere Verhandlungen als stützende Unterlagen dienen. Das bisherige Ergebnis der Verhandlungen zwischen England und Frankreich geführten Sonderverhandlungen besteht aber darin, daß Deutschland jetzt angefordert werden soll, einen offiziellen Sicherheitsvorbehalt zu machen.

Der deutsche Standpunkt ist inzwischen in seinem wichtigsten Rahmen festgelegt worden. Es kann sich also kaum um eine Änderung der prinzipiellen Auffassungen handeln, sondern lediglich um die Ergänzung der bisher formulierten praktischen Grundlinien zur Durchführung eines Sicherheitspaktes.

Wie wir erfahren, ist es den Bemühungen der alliierten Diplomatie, Deutschland für das Projekt eines Eichenmastes-Abkommens mit Einbeziehung Polens aus der Sicherheitsfrage zu gewinnen, vollkommen mißglückt. Die Reichsregierung kann auf Grund sorgfältiger Erwägungen einer Ausdehnung des Sicherheitspaktes auf diese beiden Staaten nicht ihre Zustimmung geben, sondern sie beharrt sich nach wie vor auf das Innehalten eines Eichenmastes-Abkommens, darüber hinaus ist Deutschland auch jetzt noch bereit, mit den Alliierten einen geschlossenen Pakt einzugehen, einen Pakt, der auf der Grundlage völlig freier Vereinbarungen zwischen Deutschland und diesen Mächten beruhen müßte. Nur auf diesem Wege würde es überhaupt möglich sein, zu einer Lösung des Sicherheitsproblems zu kommen, denn das dauernde Einseitigkeit völkischer Sonderinteressen erlaubt die ständige Gefahr, daß die Verhandlungen an tragendwestlichen Widerständen scheitern.

Es steht noch nicht fest, wann die Reichsregierung sich dazu entschließen wird, ein offizielles Sicherheitsangebot zu machen, indes ist aber nach unseren sehr zuverlässigen Informationen sicher, daß die deutsche Außenpolitik gegenüber den Verbündeten, Deutschland nach jeder Richtung hin festzulegen, ohne auf die elementarsten Lebensinteressen des deutschen Volkes einzugehen, energisch Stand halten wird.

Gefahren der Aufwertung.

Berlin. In einer Mitgliederversammlung des Vereins deutscher Maschinenbauangestellter sprach Reichstagspräsident Dr. Schacht über die Kapital- und Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft. Er sagte: Da als flüssiges Geld der Wirtschaft höchstens ein Fünftel bis ein Sechstel des Friedensstandes zur Verfügung stehen, müßte die Reichsbank dafür sorgen, daß dieses geringe Quantum nur an Stellen Verwendung finde, wo es den größtmöglichen wirtschaftlichen Nutzeffekt erzielt. Der Redner warnte vor einer zu großen Verschuldung an das Ausland, insbesondere vor einer sehr kurzfristigen Verschuldung. Ein großer Fehler unserer jetzigen Politik liege darin, daß sie nicht mit dem Rechenstift gemacht werde. Das treffe in erster Linie bei der Aufwertungsfrage zu. Wenn man überlege, welche Folgen eine Aufwertung s. B. von 25 Prozent haben würde, so ergebe sich folgendes: Nimmt man an, daß die gegenwärtige inländische Verschuldung der Privatwirtschaft etwa 40 bis 60 Milliarden beträgt, dann würde sich bei einer 25prozentigen Aufwertung eine zusätzliche Schuldentlastung von 10 bis 15 Milliarden und bei einem Prozenten von 5 Prozent eine Zinsenlast von 500 bis 750 Millionen Mark ergeben. Diese zuletzt genannte Summe müßte jährlich mobilisiert werden. In dieser Mobilisierung würde jedoch die Gefahr liegen, daß die Beträge aller Wahrscheinlichkeit nach der Produktion entzogen würden und größtenteils in die Taschen der Konsumenten hineintämen.

Der 7. Zerflörer in Scapa Flow gehoben.

London. Der 7. Zerflörer ist in Scapa Flow gehoben worden und der 8. wird in den nächsten Tagen gehoben werden. In Anbetracht des Erfolges des ersten Hebungversuches rechnet man damit, daß die gesamte deutsche Flotte bei Scapa Flow gehoben werden kann.